

Aktuell

Ein neues Frühförderprogramm für Migrantenkinder und eine Minarettdebatte – Wo steht die Vorarlberger Integrationspolitik?

mehr Sprache.
okay. zusammen leben



„Wo steht die Vorarlberger Integrationspolitik?“, wurde ich in den letzten Wochen vielfach von Kollegen und Kolleginnen aus anderen Bundesländern oder der benachbarten Schweiz gefragt. Die Minarettdebatte, die Anfang des Jahres ausbrach und im April zu einer Novellierung des Bau- und Raumplanungsgesetzes führte, noch bevor ein erster Bauantrag vorlag, wurde in Fachkreisen außerhalb Vorarlbergs mit Staunen verfolgt. Diese Vorgänge schienen nicht recht zu den integrationspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre zu passen, in denen sich in Vorarlberg wie in anderen Bundesländern, der Schweiz und Deutschland der Paradigmenwechsel von einer Ausländer- zu einer Integrationspolitik vollzogen hat. Das zeigte sich in der Herausbildung integrationspolitischer Zuständigkeitsstrukturen auf Landesebene und in zahlreichen Kommunen, einer markanten Zunahme an Integrationsangeboten und nicht zuletzt am konstruktiv und sachorientiert verlaufenen Prozess, der zur baldigen Errichtung des ersten islamischen Friedhofs in Vorarlberg führen wird.

In diese Reihe einer mehr an pragmatischen Lösungen als an symbolischer Politik orientierten Integrationspolitik, die sich als Gesellschaftspolitik zur Ermöglichung und Aufforderung zu gleichberechtigter sozialer Teilhabe und Teilnahme von Zugewanderten sowie zur Verhinderung sich stabilisierender Ungleichheits- und Ausschlussverhältnisse für diese Gruppe beschreiben lässt, fügte sich zuletzt das neue landesweite Programm „mehr Sprache. Frühe Sprachförderung und Mehrsprachigkeit – eine Herausforderung für Familien und frühe Bildungsinstitutionen“ ein. Ziel dieses Programms ist es, bei Kindern nichtdeutscher Muttersprache das Potential der ersten Lebensjahre besser als bisher für den Erwerb der Landessprache zu nutzen – nicht auf Kosten derer Herkunftssprachen, sondern diese anerkennend mit einbeziehend. Initiiert wurde es vom Vorarlberger Landtag. Seine Basis ist ein Beschluss aller vier dort vertretenen politischen Parteien vom Dezember 2007. Finanziert wird es aus Mitteln des vom Landtag vergebenen Vorarlberger Zukunftsfonds. Das kann als

Zeichen der Anerkennung der spezifischen Bedürfnisse von Kindern und Familien mit Migrationshintergrund und der Zuständigkeit staatlicher Bildungspolitik für diese Gruppe gelesen werden sowie als Ausdruck einer Sprachenpolitik, die zwar in erster Linie auf den Deutscherwerb fokussiert, aber Mehrsprachigkeit auch in Bezug auf die Migrantensprachen als Ziel von Bildungspolitik zumindest schon ins Auge fasst.

Unterschiedliche Politiken in Sachen Integration: symbolische und pragmatische Politik

Wir können in Vorarlberg derzeit also die Gleichzeitigkeit zweier unterschiedlicher Politiken in Sachen Integration beobachten: In der Minarettdebatte dominiert die symbolische Politik. Sie erweckt den Anschein, Vorarlberg versuche den kulturell homogenen Status quo vor der „Gastarbeiterzuwanderung“ und den „Gast“-Status zumindest der muslimischen MigrantInnen per Gesetz einzufrieren. Demgegenüber dominiert in der Förderpolitik und beim Aufbau neuer



Die Stadt Dornbirn, Abteilung Bildung und Integration, bietet schon seit mehreren Jahren das Projekt „Sprachenerwerb zum Kindergarteneintritt“, aber auch Sprach- und Orientierungskurse für Frauen, Lernbegleitung und Sprachförderung für Volksschulkinder und Nachhilfe für Hauptschüler an

politischer und administrativer Zuständigkeitsstrukturen für das Thema eine pragmatische Integrationspolitik der Anerkennung von MigrantInnen als neue Zielgruppe sozialer Angebote. Wie lässt sich das erklären und welche Entwicklung wird die Vorarlberger Integrationspolitik angesichts der aktuellen kontroversiellen Debatten über Minarette und Migrantenlisten für den Landtag nehmen? Keine, die sich abwenden wird von der Integrationspolitik der letzten Jahre, die auf eine bessere sozio-strukturelle Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere gesellschaftlichen Systeme zielt, so lautet meine These. Nichts in Vorarlberg lässt derzeit darauf schließen, dass diese integrationspolitische Entwicklung der letzten Jahre gestoppt wäre oder würde. Das käme auch einem Ausstieg aus dem Kontext europäischer Entwicklungen gleich. Die Politiken der europäischen Industriestaaten, der EU oder transnationalen Institutionen wie der OECD wirken alle in Richtung einer besseren Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialintegration der Bevölkerungsgruppe der MigrantInnen. Dahinter stehen auch Nützlichkeitsinteressen: die Erkenntnis, dass Europa angesichts seiner demographischen Entwicklung und im Zuge der Transformation seiner Arbeitsmärkte, für die das Kapital Bildung immer wichtiger wird, nicht auf das Bildungs- und Beschäftigungspotential seiner ZuwanderInnen und deren Kinder verzichten wird können, sowie die Einsicht, dass die Verfestigung sozialer Ungleichheit entlang kultureller ethnischer oder religiöser Grenzen in Form einer Generationen überdauernden sozialen Randstellung von Gruppen weder dem sozialen Frieden, auf den offene demokratische Gesellschaften angewiesen sind, noch der bestmöglichen Entfaltung des Humanpotentials unserer Gesellschaften dienlich ist.

Zögerliche Entlassung der MigrantInnen aus dem „Gast“-Status

Heftig geführte Wertedebatten in Bezug auf die Integration von ZuwanderInnen kennen auch andere europäische Länder. Minarettdebatten kennt beispielsweise Deutschland bereits seit den 90er Jahren, und Kontroversen wurden durch das Antreten von politischen Migrantenlisten auch woanders, beispielsweise in den Niederlanden, ausgelöst. Auch in diesen Ländern traten diese Konflikte parallel zu pragmatisch orientierten Integrationspolitiken auf. Solche gleichzeitig auftretenden unterschiedlichen integrationspolitischen Stimmungen verweisen auf die verschiedenen Ebenen, auf denen Prozesse der sozialen Integration von MigrantInnen verlaufen, gestaltet und verhandelt werden. Die oben beschriebene pragmatische Integrationspolitik der Anerkennung von MigrantInnen als neue Zielgruppen sozialer Angebote, sei es im Bildungsbereich, im Gesundheitssystem oder in anderen Teilsystemen unserer Gesellschaft, wird in erster Linie von Institutionen und deren Akteuren vorangetrieben. Hier wirken Sach- und Fachdebatten. Auf dieser Ebene werden im Sinne beispielsweise der oben beschriebenen Nützlichkeitsinteressen auch von Politikern und Politikerinnen längerfristige gesellschaftspolitische Stoßrichtungen entwickelt und verfolgt, ohne dass dafür täglich die demokratische Zustimmung eingeholt wird. Im Falle der aktuellen Integrationspolitik verfolgen die Maßnahmen und Handlungen auf dieser Ebene das Ziel einer Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von MigrantInnen, das von weiten Teilen der Bevölkerung (noch) nicht in diesem Ausmaß mitgetragen wird. So schnell werden dort die ehemaligen „Gastarbeiter“ nicht aus ihrem „Gast“-Status und der damit verbundenen Sonderbehandlung und Sonderbewertung ihres Verhaltens und ihrer Anliegen entlassen, auch wenn sie diesen „Gast“-Status formal vielfach schon hinter sich gelassen haben und StaatsbürgerInnen geworden sind. So schnell wird eine Gruppe,

die bisher im formellen wie informellen Hierarchiegefüge einer Gesellschaft einen unteren sozialen Platz eingenommen hat, nicht aus dieser Rangordnung entlassen, auch wenn der Aufstieg in die Mittelschicht vielen bereits gelungen ist und immer weitere sich auf dem Weg dorthin befinden. Dieser weitere soziale Aufstieg der ehemaligen „Gastarbeiter“ wird solche Rangordnungskonflikte eher noch verstärken. Die Abwehrreaktionen weiter Teile der Bevölkerung adressiert diese direkt an die Politik, die entsprechend empfindlich reagiert, verfügen die Kritiker doch über ein für sie wichtiges Kapital, ihre Stimmen für die nächste Wahl. Diese Demokratien inhärente Dynamik bietet eine Erklärung für die verschiedene Gesichter zeigende politische Kommunikation, die in Sachen Integration zu beobachten ist: Wird in Richtung Wahlvolk kommuniziert, dominieren an MigrantInnen adressierte Forderungen, und als Ursache für nicht entsprechend verlaufene Integrationsprozesse wird in erster Linie der mangelnde Wille der Betroffenen suggeriert. Die gleichzeitig betriebene pragmatische Integrationspolitik zeigt demgegenüber, dass Integrationsprozesse mittlerweile auch von der Politik sehr wohl systemisch und in ihrer komplexen Dynamik verstanden und die wohlfahrtsstaatlichen Systeme zur Förderung dieses Prozesses eingesetzt werden. „Hörbarer“ ist jedoch die politische Kommunikation in Richtung Wahlvolk, was mit erklärt, warum die „symbolische Politik“ in Sachen Integration die öffentliche Wahrnehmung des Standes der Integrationspolitik weit stärker bestimmt als die Entwicklungen der pragmatisch orientierten wohlfahrtsstaatlich fördernden Integrationspolitik.

Das konstruktive Potential von Integrationskonflikten

Konflikte, wie sie mit der Minarettdebatte einhergehen, können in diesem Zusammenhang gesehen ein wichtiges kon-

struktives Potential für den Integrationsprozess haben. Sie lösen breit wirkende Meinungsbildungsprozesse aus, die sonst nur zögerlich initiiert und geführt werden, und können so zu einer Verbreiterung der Einsicht führen, dass unsere Gesellschaft eine Einwanderungsbewegung hinter sich hat und die neue kulturelle und religiöse Vielfalt nicht verschwinden wird, auch nicht unsichtbar bleibt, sondern sich vielmehr auch sichtbar etablieren wird. Es geht um Wichtiges in solchen Konflikten: Um den Erhalt unserer rechtsstaatlichen und grundrechtsorientierten Ordnung, um die Verhinderung von Radikalisierungstendenzen (auf beiden Seiten, in der Mehrheitsgesellschaft und in den Minderheitengruppen), um die Pflege der Motivation für eine (angesichts demographischer und wirtschaftlicher Entwicklungen) beschleunigt geforderte Integrationsleistung der MigrantInnen und um die Pflege einer Stimmung gesellschaftlicher Offenheit in der Mehrheitsbevölkerung, ohne die die Herausforderung der Globalisierung nur schwer erfolgreich zu bewältigen sein wird. Genauer würde einer eigenen Abhandlung bedürfen. Einer knapp formulierten Position in der Frage möchte ich mich jedoch nicht entziehen.

– Einwanderung kann in einer Gesellschaft zu Wertekonflikten führen. Betreffen sie unsere grundrechtliche Ordnung, ist Kulturrelativismus fehl am Platz. Wir müssen diese Konflikte in den Fragen austragen, in denen sie sich konkret stellen, und mit den konkreten Gruppen und Individuen, die den Anlass dazu geben: seien es muslimische oder andere. Eine Minderheitensituation enthebt nicht von der Beachtung unserer grundrechtlichen Ordnung; aber auch die Mehrheit hat die Grundrechte der Minderheit zu achten.

– Es wird nicht möglich sein, einer anerkannten Religionsgemeinschaft in Österreich ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung (innerhalb der Ordnung unserer Verfassung) vorzuenthalten, ohne dabei die Unterhöhlung der geltenden Verfassungsbestimmungen zu riskieren.

– Vorarlberg als selbstbewusste offene Gesellschaft verträgt auch Symbole der kulturellen Selbstbestimmung von Muslimen in Form eines Minarets.

– Ein unspezifischer, die Differenziertheit von Muslimen und muslimischen Positionen ignorierender Kampf gegen die legale Etablierung der religiösen Infrastruktur unserer muslimischen Nachbarn hier im Land ist keine passende und auch keine Erfolg versprechende Strategie, konkreten extremistischen Strömungen eines politischen Islam entgegenzutreten.

mehr Sprache. Programm für frühe Sprachförderung unter den Bedingungen und zum Aufbau von Mehrsprachigkeit

Um aber nicht auch in diesem Kontext der Gefahr zu erliegen, die Minarettdebatte dominieren zu lassen und damit andere wichtige Entwicklungen aus den Augen zu verlieren, noch einige Ausführungen zum Programm „mehr Sprache. Frühe Sprachförderung und Mehrsprachigkeit – eine Herausforderung für Familien und frühe Bildungsinstitutionen“. Im Fokus dieses Programms steht die Schaffung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Förderung von Kindern nichtdeutscher Muttersprache beim Erwerb der Landessprache unter Berücksichtigung der Zweisprachigkeit dieser Kinder. Die Konzentration liegt auf den frühen Kinderjahren vor dem Eintritt in die Grundschule. Vorarlberg orientiert sich darin an Programmen anderer europäischer Länder, deren Erfolge (wie beispielsweise für die Niederlande) auch bereits gut evaluiert sind. Die Säulen aller dieser Programme sind eine möglichst frühe kompetente sprachliche Förderung der Kinder in den Institutionen früher Bildung sowie eine verstärkte Einbeziehung der Eltern durch gezielte Elternarbeitsprogramme für diese Zielgruppe. Instrumente dafür sind ein früherer Eintritt der Kinder in das Bildungssystem, eine gute Unterstützung und Begleitung der PädagogInnen durch gezielte Aus- und Weiterbildung, die Entwicklung der Kompetenz und der organisatorischen Rahmenbedingungen für eine zielgruppenspezifische Elternarbeit sowie die Bereitstellung der Ressourcen für die konkrete Förderung in den Institutionen. Das Konzept für das Vorarlberger Programm „mehr Sprache“ wurde von der Projektstelle „okay.zusammen leben“ erarbeitet. Sie entwickelt und organisiert das Programm vernetzt mit anderen für die Fragestellung relevanten Institutionen und Akteuren. Die Finanzierung durch den Vorarlberger Zukunftsfonds wurde für zwei Jahre (2008 und 2009) zugesagt. 2008 werden folgende Angebote aufgebaut:

– „**Brückenbauerinnen**“: Die für eine gute Erziehungskooperation zwischen PädagogInnen und Eltern wichtige Kommunikation scheidet bei Kindern mit Migrationshintergrund oft bereits an den zu wenig vorhandenen Kenntnissen der Landessprache von Seiten der Eltern. „Brückenbauerinnen“ verfügen selbst über einen Migrationshintergrund, werden spezifisch ausgebildet und stehen im Rahmen eines Pools für das Dolmetschen an Elternabenden und in Elterngesprächen zur Verfügung.

– „**Wörter wie Honig/Elternbildung für den frühen Spracherwerb**“: In dieser Programmschiene werden Weiterbildungslehrgänge für MultiplikatorInnen durchgeführt, die Eltern für ihre Möglichkeit der Unterstützung des Spracherwerbs ihrer Kinder unter den Bedingungen von Zweisprachigkeit sensibilisieren und konkret beraten und begleiten. Diese Lehrgänge richten sich an Personen, die bereits in der Elternarbeit tätig sind, sich jedoch in den spezifischen Fragen des Spracherwerbs und der Zusammenarbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund weiter bilden möchten; darüber hinaus richten sie sich an Personen mit Migrationshintergrund, die ihre Sprachkenntnisse und ihr interkulturelles Potential für das Anliegen einbringen möchten. Weiters werden zweisprachige Elternratgeber zum Thema produziert, die breit gestreut werden sollen, und ein Materialienpaket „Früher Spracherwerb“ mit spezifischen Spielen und mehrsprachigen Kinderbüchern für die Eltern entwickelt. Im Rahmen dieses Programms werden 2008 auch Konzepte für die konkrete Umsetzung der Elternbegleitung auf kommunaler Ebene, die 2009 starten soll, erarbeitet.

– **Kompetenztrainings „Spracherwerb unter den Bedingungen von Mehrsprachigkeit**“: Dieses Angebot richtet sich an PädagogInnen in Spielgruppen, Kindergärten und in den 1. und 2. Klassen der Volksschulen. Die Kompetenztrainings basieren auf einem eigens für die Fragestellung entwickelten Curriculum. Sie starten im Mai 2008 und werden 2008 und 2009 mehrfach angeboten. Für die PädagogInnen wie für die MultiplikatorInnen in der Elternarbeit wird eine fachliche Beratung und Begleitung bei der Umsetzung des (neu) Gelernten in der Praxis angeboten.

– **Vortragsreihe „mehr sprachig. Wegweiser zur Kommunikation im 21. Jahrhundert**“: In sieben Vorträgen ab Herbst 2008 setzen WissenschaftlerInnen, SprachkünstlerInnen u.a. Wegweiser für die Orientierung in einer zeitgemäßen Sprach- und Bildungspolitik und schaffen somit für Interessierte in Vorarlberg Zugänge zu einem international geführten Diskurs, der die Chancen und Risiken von Mehrsprachigkeit in unseren global vernetzten Gesellschaften thematisiert. *Eva Grabherr*

Eva Grabherr ist Leiterin von okay.zusammen leben/Projektstelle für Zuwanderung und Integration

Detaillierte Informationen zum Programm, zu den einzelnen Angeboten und zu internationalen Referenzprojekten finden sich auf www.okay-line.at, Modul „Aktuelles“